

CDU FORDERT: SCHUTZSCHIRM GEGEN INFLATION SPANNEN!

CDU

Der Wocheneinkauf wird immer teurer. Die Preise für Benzin und Diesel sind auf hohe Werte gestiegen. Es drohen sehr hohe Zusatzkosten für Heizen oder warmes Wasser. Familien und Pendler müssen besonders hohe Kosten schultern. Aber auch Rentner, Unternehmer, Studierende ohne BAföG-Anspruch und Auszubildende ohne Anspruch auf Beihilfe bekommen die hohen Kosten täglich zu spüren. Die Bundesregierung muss für alle Menschen handeln. Jetzt!

Stark steigende Preise

Die Preise in Deutschland steigen so stark wie seit 40 Jahren nicht mehr. Im April lag die Inflationsrate bei 7,4 Prozent. Insgesamt 6,1 Prozent können es 2022 werden. Kommt es zu einem Lieferstopp für russische Energie, sind 7,3 Prozent Inflation möglich – der höchste Wert seit Bestehen der Bundesrepublik.

Bundesregierung unternimmt zu wenig

Die Bundesregierung muss etwas tun, um die Auswirkungen der steigenden Preise für alle zu dämpfen. Die CDU hat früh schnelle, zielgenaue Maßnahmen gefordert. Die Bundesregierung hat die Inflation dagegen nicht ernstgenommen. Ihre Ankündigungen hat sie bisher nicht umgesetzt. Die Maßnahmen gegen Preissteigerungen kommen zu spät.

CDU: Schutzschirm gegen Inflation spannen

Die CDU will einen Schutzschirm gegen Inflation aufspannen. Folgende Maßnahmen gehören dazu:

- Die 300 Euro Energiepreispauschale müssen alle bekommen. Das gilt auch für Studierende oder Rentner und Frührentner. Die Bundesregierung will die Pauschale nur einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätigen zukommen lassen.
- Der Einkommensteuertarif muss an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angepasst werden, auch um die Inflationswirkungen bei den Einkommen zu dämpfen.
- Energie-, Strom- und Umsatzsteuer insbesondere auf Heiz- und Kraftstoffe müssen bis mindestens Ende 2023 runter.
- Menschen, die auf dem Weg zur Arbeit auf das Auto angewiesen sind, müssen weiter entlastet werden. Dazu muss die Entfernungspauschale weiter erhöht werden.